

Thomas Köllmann

Implementierung elektronischer
Überwachungseinrichtungen durch
Betriebsvereinbarungen vor dem
Hintergrund der DSGVO



Nomos

**Studien zum
deutschen und europäischen Arbeitsrecht**

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Henssler, Universität zu Köln

Prof. Dr. Martin Franzen, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Felix Hartmann, LL.M. (Harvard), Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Clemens Höpfner,
Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Abbo Junker, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Peter Schüren, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Katharina Uffmann, Ruhr-Universität Bochum

Band 90

Thomas Köllmann

Implementierung elektronischer
Überwachungseinrichtungen durch
Betriebsvereinbarungen vor dem
Hintergrund der DSGVO



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Köln, Univ., Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-7097-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-2487-6 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die voranschreitende Digitalisierung prägt zunehmend auch das Wirtschafts- und Arbeitsleben, etwa in Gestalt neuer Arbeitsinhalte, sich wandelnder Produktions- und Arbeitsprozesse oder neuer Arbeitsformen. Zugleich geht der Einsatz moderner Technologien im Arbeitsverhältnis regelmäßig mit einer Erfassung personenbezogener (Beschäftigten-)Daten einher und ermöglicht zugleich sehr weitgehende Auswertungs- und Überwachungsmöglichkeiten. Der europäische Gesetzgeber schuf mit der DSGVO im Bereich des Datenschutzes einen einheitlichen Rechtsrahmen und stärkte die Rechte von Betroffenen umfassend. Zugleich aber vermittelt das Datenschutzrecht wegen der Vielzahl unbestimmter Begriffe nur ein geringes Maß an Rechtssicherheit. Hinzu kommen im Bereich des Beschäftigtendatenschutzes die unterschiedlichen Interessen zahlreicher weiterer Akteure. Zuvorderst der Betriebsrat ist bei Fragen rund um die Kontrolle der Beschäftigten mittels technischer Einrichtungen zu beteiligen, was bereits wegen der umfassenden technischen Fragestellungen häufig kein leichtes Unterfangen ist. Nicht zuletzt aus diesen Gründen wird aktuell auf nationaler Ebene (erneut) über die Schaffung eines eigenen Beschäftigtendatenschutzgesetzes diskutiert, welches für (vermeintlich) mehr Rechtssicherheit sorgen soll.

Ungeachtet dieser technischen, rechtlichen und administrativen Herausforderungen wird in Zukunft kaum ein Unternehmen ohne die Nutzung moderner Technologien wettbewerbsfähig bleiben können. Der Datenschutz muss und wird dabei auch mit Blick auf wirtschaftliche Aspekte immer stärker in den Fokus rücken.

Die vorliegende Arbeit untersucht das komplexe Zusammenspiel europäischer und nationaler rechtlicher Vorgaben, lässt die Besonderheiten des deutschen Arbeitsrechts einfließen und beantwortet letztendlich die Frage, in welchem Umfang eine Kontrolle der Belegschaft rechtlich zulässig und organisatorisch sinnvoll ist.

Die Arbeit wurde im Sommersemester 2020 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation angenommen. Sie ist während meiner anwaltlichen Tätigkeit bei der Kanzlei Küttner entstanden. Rechtsprechung und Literatur befinden sich auf dem Stand des 31. Dezember 2020.

Vorwort

Mein Dank gilt zunächst meinem Doktorvater, Professor Dr. Martin Henssler, der ohne Zögern die Betreuung meiner Arbeit übernommen und mein Promotionsvorhaben stets mit viel Interesse und Engagement begleitet hat. Gleichzeitig ließ er mir viel Freiraum im Bereich der Forschung, womit er diese Arbeit an einer Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis erst ermöglichte. Für die schnelle Erstellung des Zweitgutachtens und dafür, im Grundstudium mein Interesse am Arbeitsrecht geweckt zu haben, möchte ich Professor Dr. Dr. h.c. Ulrich Preis meinen besonderen Dank aussprechen.

Den Herausgebern der Reihe „Studien zum deutschen und europäischen Arbeitsrecht“ danke ich für die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe. Bedanken möchte ich mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des nomos Verlages für die gute Zusammenarbeit im Rahmen des Veröffentlichungsprozesses.

Der Kanzlei Küttner möchte ich zunächst für die flexible Gestaltung der vertraglichen Rahmenbedingungen während meines Berufseinstieges danken, die eine Grundvoraussetzung für die Erstellung der Arbeit neben der anwaltlichen Tätigkeit war. Zugleich war die vielfältige wissenschaftliche und praktische Unterstützung, die ich in der Kanzlei während meiner Promotionsphase erhalten habe, besonders wertvoll. Eine besondere Erwähnung verdienen meine Kollegen Thomas Faas und Dr. Tim Wißmann, für ihre kontinuierliche Diskussions- und Hilfsbereitschaft.

Der größte Dank gebührt indes meiner Familie und meiner Frau Hannah, ohne deren Unterstützung die Fertigstellung dieser Arbeit nicht möglich gewesen wäre. Vielen Dank!

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
§ 1 Einleitung: Digitalisierung als (neue) Herausforderung?	25
A. Digitalisierung und Arbeitswelt 4.0: ein Überblick	25
I. Digitalisierung im Bereich der Mitarbeiterüberwachung – mögliche Szenarien	29
II. Datenschutz als Arbeitnehmerschutz? – Anlass der Untersuchung	33
B. Untersuchungsgegenstand und Gang der Darstellung	35
§ 2 Nationale und europarechtliche Grundlagen	38
A. Zum Begriff der Mitarbeiterüberwachung und zur Reichweite des § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG	38
I. Technische Einrichtungen zur Überwachung	39
II. Verhaltens- und Leistungskontrolle	40
1. Relevante Daten und Zuordnung zu einer Person	40
2. Phasen der Überwachung	42
a) Erhebung der Daten	43
b) Auswertung der Daten	43
c) Beurteilung der Daten und Reaktion des Arbeitgebers	45
III. Bestimmung zur Kontrolle	45
1. Objektive Eignung zur Überwachung ausreichend	46
a) Rechtsprechung zu § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG	46
b) Bewertung dieser Rechtsprechung	49
aa) Kein Rechtsprechungswandel durch die Google-Maps-Entscheidung	49
bb) Unberechtigte Kritik an der Facebook-Entscheidung des BAG	51
cc) Keine Reformnotwendigkeit wegen neuer technischer Entwicklungen	53
2. Konkrete Verwendung	57
IV. Umfang der Mitbestimmung	58
V. Rechtsfolgen bei Verstößen	61
1. Kollektivrechtliche Folgen	61

Inhaltsverzeichnis

2. Individualrechtliche Folgen	62
a) Allgemeine Grundsätze zur Beweisverwertung	63
b) Keine Änderung unter Geltung der DSGVO	66
c) Übertragung auf die hiesige Konstellation	68
VI. Zusammenfassung und Konsequenzen für die weiteren Abhandlungen	71
VII. Konkrete Anwendungsbereiche	71
1. Ortungsdienste	71
2. Bewegungserkennung, „Wearables“ und „ambiente Technologie“	73
3. Biometrische Kontrollsysteme	75
4. People-Analytics-Anwendungen	77
B. Die Kompetenzen der Union im Datenschutz- und Arbeitsrecht	79
1. Europäische Einflüsse und Kompetenzen im kollektiven Arbeitsrecht	79
2. Europäische Einflüsse und Kompetenzen im Datenschutzrecht	82
C. Überblick über die rechtlichen Rahmenbedingungen	84
I. Nationale Rahmenbedingungen	85
1. Das Grundgesetz und sein Einfluss auf das Datenschutzrecht	85
a) Verfassungsrechtlicher Schutz des Persönlichkeitsrechts	85
b) Zivilrechtlicher Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	90
aa) Charakter, Schutzbereich und Eingriff	91
bb) Prüfungsschema	95
cc) Besonderer Persönlichkeitsschutz	96
c) Drittwirkung der Grundrechte	97
aa) Mittelbare oder unmittelbare Drittwirkung	98
bb) Sonderfall Betriebsvereinbarung	100
cc) Umfang der Drittwirkung	102
d) Besonderer Persönlichkeitsschutz im „virtuellen informationstechnischen Bereich“	102
2. Einfachgesetzliche Vorschriften	103
a) Das Bundesdatenschutzgesetz	104
b) Das Betriebsverfassungsgesetz	104
c) TKG, TMG und geplante E-Privacy-Verordnung	105

II. Europarechtliche und völkerrechtliche Rahmenbedingungen	107
1. Europäische Menschenrechtskonvention	108
2. Europäische Grundrechtecharta	111
a) Inhaltliche Regelungen im Bereich des Datenschutzes	112
b) Die Verflechtungen mit der EMRK	114
c) Bindung der Union	117
d) Bindung der Mitgliedstaaten	117
aa) Grundlagen	117
bb) Durchführung des Unionsrechts bei eingeräumten Umsetzungsspielräumen	118
cc) Folgen für den Beschäftigtendatenschutz innerhalb der DSGVO	121
e) Drittwirkung europäischer Grundrechte	122
aa) Allgemeines	123
bb) Folge: Keine umfassende unmittelbare Drittwirkung der Grundrechte	127
cc) Umfang der Drittwirkung im Datenschutzrecht	129
3. Datenschutzgrundverordnung	132
III. Das Zusammenspiel dieser Vorschriften	133
1. Allgemeines: Europäischer und nationaler Grundrechtsschutz	133
2. Konsequenzen für den Beschäftigtendatenschutz	136
IV. Fazit: Komplexes System europäischer und nationaler Regelungen	141
§ 3 Geschichtlicher Überblick über die Entwicklung des Datenschutzes	142
A. Entwicklung in Deutschland	142
I. Ausgangslage	142
II. Das Hessische Landesdatenschutzgesetz von 1970	144
III. Der Weg zum ersten Bundesdatenschutzgesetz	145
IV. Das Volkszählungsurteil des BVerfG – eine Zäsur	147
1. Die Volkszählung – massenhafte Datenerhebung	147
2. Folgen für den Gesetzgeber – Novellierung des BDSG-77	149
a) Entwicklungen in der 10. Legislaturperiode	150
b) Entwicklungen in der 11. Legislaturperiode	151

Inhaltsverzeichnis

V. Vom BDSG-90 bis zur ersten Regelung zum Beschäftigtendatenschutz	153
1. Erste Stufe: Anpassung an die europäische Datenschutzrichtlinie	153
2. Zweite Stufe: Neufassung des BDSG und Schaffung eines Beschäftigtendatenschutzgesetzes	155
a) Überwachungsskandale in den Jahren 2008 und 2009	156
b) Gesetzentwürfe für ein Beschäftigtendatenschutzgesetz	157
c) Kritische Stimmen und Scheitern des Gesetzentwurfs	159
VI. Erster Entwurf der DSGVO – neue europäische Impulse	161
B. Entwicklungen in Europa	163
I. Wurzel des europäischen Datenschutzes: der Europarat	164
II. Der Weg zu einer europäischen Datenschutzrichtlinie	168
III. Entwicklung im europäischen Beschäftigtendatenschutz	170
1. Erste Bestrebungen im Bereich des europäischen Beschäftigtendatenschutzes	170
2. Die Art.-29-Gruppe und der Beschäftigtendatenschutz	173
IV. Der Weg zur DSGVO: ohne eigenen Beschäftigtendatenschutz	174
§ 4 Allgemeine Vorgaben der DSGVO	177
A. Harmonisierungsumfang, Ziele und Anwendungsbereich der Verordnung	177
I. Harmonisierungsumfang der Verordnung	177
1. Begriffsbestimmung: Mindest- und Vollharmonisierung	178
2. Bereichsspezifische Konkretisierungsmöglichkeiten	181
II. Ziele der Datenschutzgrundverordnung und der Schutzgutkonflikt	184
1. Ziele der DSGVO: Europaweit einheitliches Schutzkonzept	184
2. Schutzgut der DSGVO	187
III. Überblick über den Anwendungsbereich	189
1. Sachlicher Anwendungsbereich	189
a) Personenbezogene Daten	190
aa) Allgemeines	190
bb) Informationen über eine Person	191
cc) Identifizierte Person und Identifizierbarkeit einer Person	191

dd) Anonymisierung und Pseudonymisierung	193
b) Verarbeitung	194
c) Verantwortlicher	195
d) Fazit: umfassende Geltung im Arbeitsverhältnis	197
2. Räumlicher Anwendungsbereich: Sitzland- und Marktortprinzip	197
B. Allgemeine Prinzipien, Erlaubnistatbestände und Sonderfälle	198
I. Grundsätze der Datenverarbeitung	198
1. Rechtmäßigkeit, Treu und Glauben	198
2. Transparenzgebot und seine Konkretisierungen	200
3. Zweck und Zweckbindung	203
4. Datenminimierung	204
5. Richtigkeit	205
6. Speicherbegrenzung	205
7. Integrität und Vertraulichkeit	206
II. Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung	206
III. Sonderfall: Profiling	207
1. Ausschließlich automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling	208
2. Generelle Entscheidungsfindung aufgrund von Profiling	209
IV. Besondere Kategorien personenbezogener Daten	210
V. Technikneutraler Ansatz der DSGVO	211
1. Datenschutz durch Technikgestaltung	212
2. Datenschutzfreundliche Voreinstellungen	212
VI. Datenschutz-Folgenabschätzung und Einbindung des Betriebsrates	213
VII. Zusammenfassung	214
§ 5 Besonderheiten im Beschäftigungsverhältnis	216
A. Die Regelung des Art. 88 DSGVO	216
I. Hintergrund und Entstehungsgeschichte des Art. 88 DSGVO	217
1. Vorschlag der Kommission	217
2. Einfluss des Europäischen Parlaments	218
3. Das Verfahren im Rat und die Trilogitzungen	220

Inhaltsverzeichnis

II. Harmonisierungsumfang im Bereich des Beschäftigtendatenschutzes	224
1. Abweichung nach unten – Mindeststandards durch die DSGVO	224
a) Wortlaut	225
b) Sinn und Zweck	227
c) Systematik	228
d) Entstehungsgeschichte	229
e) Fazit: Mindeststandards durch die DSGVO	231
2. Die Abweichung nach oben – Mindest- oder Vollharmonisierung?	231
a) Kompetenzrechtliche Vorgaben	232
aa) Das Verständnis des Art. 16 AEUV	233
bb) Das Verhältnis zu Art. 153 AEUV: Umfang der Kompetenz des Art. 16 AEUV	237
b) Wortlaut	239
c) Entstehungsgeschichte	240
d) Sinn und Zweck der Norm	241
e) Systematik	243
3. Fazit: Vollharmonisierung im Bereich des Beschäftigtendatenschutzes	243
B. Betriebsvereinbarungen als eigenständiger Erlaubnistatbestand	244
I. Rechtslage unter Geltung des BDSG-alt und der DSRL	244
II. Kein eigenständiger Erlaubnistatbestand durch Art. 88 DSGVO	245
1. Wortlaut und systematische Erwägungen	246
2. Sinn und Zweck sowie Entstehungsgeschichte	248
3. Systematik der DSGVO	249
III. Tatbestände des Art. 6 DSGVO	250
1. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO	250
2. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO	252
a) Allgemeines	252
b) Inhaltliche Anforderungen an Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO	253
c) Das unklare Verhältnis von Art. 6 Abs. 2 zu Abs. 3 DSGVO	254
aa) Wortlaut	255
bb) Entstehungsgeschichte	255
(1) Entstehung des Art. 6 Abs. 3 DSGVO	255
(2) Entstehung des Art. 6 Abs. 2 DSGVO	257

(3) Folgen für das Verständnis der Regelungen	260
d) Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO und seine Geltung für Betriebsvereinbarungen	261
3. Datenverarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO	265
a) Allgemeines	265
b) Einzelheiten und Anforderungen	266
aa) Berechtigtes Interesse	266
(1) Interesse des Verantwortlichen	267
(2) Berechtigung des Interesses	268
bb) Erforderlichkeit	269
cc) Interessenabwägung	270
c) Bedeutung für Betriebsvereinbarungen	272
4. Zusammenfassung	273
IV. Europarechtskonformität des § 26 Abs. 4 BDSG	273
1. Voraussetzungen des Art. 88 Abs. 1 DSGVO: Schaffung eines neuen Erlaubnistatbestandes oder zulässige Konkretisierung?	274
2. Voraussetzungen des Art. 88 Abs. 2 DSGVO: inhaltliche Anforderungen	276
3. Folge: Doppelte Anwendung des Art. 88 DSGVO	277
C. Die Verantwortlichkeit des Betriebsrates	278
I. Bisherige Rechtslage	278
II. Änderung unter Geltung der DSGVO?	279
1. Zwecksetzungsbefugnis	280
2. Entscheidung über die Mittel	284
3. Notwendige Eigenständigkeit und weitere Argumente	285
4. Keine gemeinsame Verantwortlichkeit	286
5. Fazit und weitere Konsequenzen	287
a) Kontrollbefugnis des Datenschutzbeauftragten	288
b) Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorgaben	289
D. Rechtmäßigkeit der Datenweitergabe an den Betriebsrat	290
I. Rechtsprechung vor Geltung der DSGVO	292
II. Datenschutzkonforme Wahrnehmung der Beteiligungsrechte	292
1. Mögliche Erlaubnistatbestände	293
2. Europarechtskonformität des § 26 Abs. 1 S. 1 BDSG	294
E. Zusammenfassung und Zwischenergebnis	297

Inhaltsverzeichnis

§ 6 Anwendungsbereich und Regelungskonzept des Art. 88 DSGVO	299
A. Anwendungsbereich des Art. 88 DSGVO	299
I. Beschäftigungskontext	299
1. Autonome Auslegung des Beschäftigtenbegriffs	299
a) Beschäftigtenbegriff im europäischen Recht	301
b) Beschäftigtenbegriff im Sinne des Art. 88 DSGVO	303
2. Kontext der Beschäftigung	304
II. Adressat der Regelung	306
1. Erste Konstellation: Kollektivvereinbarung als eigenständiger Erlaubnistatbestand	306
2. Zweite Konstellation: Ausschließlich konkretisierende Betriebsvereinbarungen	307
B. Anforderungen des Art. 88 DSGVO	309
I. Allgemeines	310
II. Anforderungen des Art. 88 Abs. 1 DSGVO	311
1. Regelungsinstrumente: Gesetze und Kollektivvereinbarungen	311
2. „Schutz der Rechte und Freiheiten“	312
3. Der Katalog des Art. 88 Abs. 1 DSGVO	314
4. Zwischenfazit: Konkretisierung des Anwendungsbereiches	314
III. Inhaltliche Anforderungen des Art. 88 Abs. 2 DSGVO	315
1. Der Begriff der Maßnahmen	315
2. Inhaltliche Anforderungen: geeignet und besonders	318
a) Geeignete Maßnahmen: eine bedingte Handlungspflicht	319
b) Besondere Maßnahmen	323
c) Zusammenfassung	324
3. Schutzziele der Maßnahme: menschliche Würde, berechnigte Interessen und Grundrechte	325
a) Keine allgemeine Rechtmäßigkeitsprüfung	325
b) Die Bedeutung der Schutzziele im Einzelnen	328
4. Spezifikationen in Art. 88 Abs. 2 Hs. 2 DSGVO	329
5. Zusammenfassung	331
IV. Konsequenz für den Beurteilungsspielraum der Betriebsparteien	332
§ 7 Nationale Vorgaben im Bereich des Beschäftigtendatenschutzes	334
A. Allgemeines	334

B. BDSG als Bindeglied zwischen DSGVO und BetrVG	335
C. Betriebsverfassungsrechtliches Anforderungsprofil	336
I. Begriffsbestimmungen und Prüfungsfolge	337
II. Zuständigkeit der Betriebsparteien	338
1. Generelle Zuständigkeit der Betriebsparteien	338
2. Zuständigkeit des richtigen Gremiums	340
III. Regelungsbefugnis der Betriebsparteien	343
1. Rechtsprechung des BAG: umfassende Regelungsbefugnis	344
2. Konsequenzen dieser Rechtsprechung und kritische Stimmen	346
3. Fazit für die hier relevanten Fälle des § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG	348
a) Kern des Problems: Kollektivmacht versus Individualvertrag	348
b) Umfassende Regelungsbefugnisse im Kontext des § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG	350
c) Tarifvorrang und Tarifvorbehalt	351
d) Zusammenfassung	352
IV. Inhaltliche Rechtmäßigkeit der Betriebsvereinbarung: Anforderungskonzept des § 75 BetrVG	353
1. Gang der Darstellung	353
2. Ausgangspunkt: Abkehr von der Billigkeitskontrolle?	354
3. Auswirkungen auf die hiesige Konstellation	356
a) Die neuere Rechtsprechung des 1. Senats des BAG	357
b) Kritik an dieser Rechtsprechung des 1. Senats	359
aa) Unzutreffende dogmatische Herleitung	359
bb) Strukturelle Ungenauigkeiten und Defizite	360
(1) Keine Trennung zwischen verfassungsrechtlichem und zivilrechtlichem Persönlichkeitsschutz	361
(2) Problematik der Verhältnismäßigkeitsprüfung	362
c) Lösungsansätze	365
aa) Interessenabwägung nach zivilrechtlichen Grundsätzen	365
bb) Beurteilungsspielräume bezüglich der inhaltlichen Gestaltung	369
4. Konsequenzen für die Anwendung des § 75 BetrVG	372

Inhaltsverzeichnis

V. Anwendung der Grundsätze	374
1. Inhaltliche Rechtmäßigkeit	375
a) Benennung der konkreten Handlung und Darstellung der Funktionen	375
b) Berechtigte Interessen der Beschäftigten, Eingriffsintensität	377
c) Darlegung der berechtigten Interessen des Arbeitgebers	378
aa) Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und Arbeitnehmerschutz	379
bb) Verhaltens- und Leistungskontrolle	381
cc) Schutz von Eigentum und Besitz	383
dd) Koordination des Einsatzes der Beschäftigten – Effizienzsteigerung	384
ee) Predictive Analytics und Profiling	384
d) Zuordnung der Handlung zum Interesse des Arbeitgebers (Geeignetheit)	386
e) Keine übermäßige Beeinträchtigung (Erforderlichkeit)	387
f) Güter- und Interessenabwägung	392
2. Zusammenfassung	401
VI. Verhandlungsführung und Einigungsstelle	401
1. Verhandlungen mit dem Betriebsrat	402
2. Besonderheiten bei der Entscheidung durch die Einigungsstelle	403
D. Zusammenspiel mit den europäischen Vorgaben	406
§ 8 Betriebliche Implementierung des dargestellten Anforderungsprofils	410
A. Konkretisiertes Anforderungskonzept	410
I. Auslagerung allgemeiner Pflichten	411
II. Einhaltung der allgemeinen Grundsätze	413
1. Keine Pflicht zur Wiederholung	413
2. Darstellung des Charakters als Erlaubnisnorm	415
3. Erläuterung des Zusammenspiels der unterschiedlichen Regelungsebenen	417
4. Zweckbindungsgrundsatz	417
a) Formulierung des Verarbeitungszwecks	418

b) Zweckänderung und ergänzende Verarbeitungszwecke	420
III. Weitere geeignete und besondere Maßnahmen nach Art. 88 Abs. 2 DSGVO	421
1. Konkretisierung des Transparenzgebots	421
a) Konkrete Hinweise durch Bildsymbole	422
b) Konkrete Informationspflichten und Schulungen	423
2. Weitere Konkretisierungsmöglichkeiten	425
a) Konkretisierung der verantwortlichen Stelle	425
b) Konkretisierung der Befugnisse des betrieblichen Datenschutzbeauftragten	427
c) Konkretisierung der Informationsgewährung und Eingrenzung der Mitbestimmung	428
d) Konkretes Zugriffskonzepte	429
e) Konkrete Vorgaben zur Auswertung, einschließlich Kontrollbefugnisse	430
aa) 1. Schritt: Regelung zur Zulässigkeit der Auswertung	430
bb) 2. Schritt: Verfahren zur Auswertung	431
f) Speicherbegrenzung und konkrete Löschkonzepte	433
g) Profiling	436
h) Begrenzung weiterer Nachteile und Regelungen zum Gesundheitsschutz	437
i) Rechte des Betriebsrates, Sanktionen bei Verstößen	438
aa) Kontrollbefugnisse des Betriebsrates	439
bb) Sanktionsmöglichkeiten	440
(1) Vertragsstrafen	441
(2) Beweisverwertungsverbot	441
(3) Zweckbindung und Unwirksamkeit personeller Maßnahmen	444
(4) Zusammenfassung	446
j) Vermeidung pauschaler Datenverarbeitungsverbote	446
3. Zusammenfassung	447
B. Entwurf	447
I. Betriebsvereinbarung zur sensorgesteuerten Bewegungserfassung	448
II. Regelungsbausteine für die Rahmenbetriebsvereinbarung Datenschutz	458

Inhaltsverzeichnis

§ 9 Schlussteil: Digitalisierung als Herausforderung!	464
A. Plädoyer für eine Stärkung des Datenschutzes auf betrieblicher Ebene und gegen ein Beschäftigtendatenschutzgesetz	464
B. Thesenartige Zusammenfassung	466
Literaturverzeichnis	479

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Auffassung
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfP	Archiv für Presserecht - Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
AiB	Arbeitsrecht im Betrieb
Anh.	Anhang
AnwBl	Anwaltsblatt
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AP	Arbeitsrechtliche Praxis
ArbRB	Arbeits-Rechts-Berater
Art.	Artikel
AuA	Arbeit und Arbeitsrecht (Zeitschrift)
AuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
Beschl.	Beschluss
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BfD	Bundesbeauftragter für den Datenschutz
BfDI	Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMI	Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
BpB	Bundeszentrale für politische Bildung
BPersVG	Bundespersonalvertretungsgesetz
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer

Abkürzungsverzeichnis

BR-Drucks	Bundratsdrucksachen
BT-Drucks	Bundestagsdrucksachen
Buchst.	Buchstabe
BvD	Bundesverband der Datenschutzbeauftragten
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	Beziehungsweise
CDU	Christlich-Deukomkrateische Union Deutschlands
Cobots	Collaborative Robots
COREPER	Comité des représentants permanents (Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten)
CPS	Cyber Physical Systems
CR	Computer und Recht
CSU	Christlich-Soziale Union
DANA	Datenschutznachrichten (Zeitschrift)
DAPIX	Gruppe „Informationsaustausch und Datenschutz“
DatenschutzR	Datenschutzrecht
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
Ders	Derselbe
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DGUV	Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung
d.h.	das heißt
DIHK	Deutsche Industrie- und Handelskammertag e.V.
DJT	Deutscher Juristentag
DSAnpUG-EU	Datenschutz-Anpassungs- und -Umsetzungsgesetz EU
DSGVO	Datenschutzgrundverordnung
DSK	Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder
DSRL	Datenschutzrichtlinie
DuD	Datenschutz und Datensicherheit (Zeitschrift)
DVD	Deutsche Vereinigung für Datenschutz
e.V.	Eingetragener Verein
ebd.	ebenda
EBRG	Gesetz über Europäische Betriebsräte
ECHR	European Convention on Human Rights
EDSA	Europäischer Datenschutzausschuss
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EMPL	Employment and Social Affairs (Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des europäischen Parlaments)
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention

Endg.	endgültig
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht (Zeitschrift)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FDP	Freie Demokratische Partei
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
gem.	gemäß
GenDG	Gesetz über genetische Untersuchungen bei Menschen
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GmbHR	Die GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
GPS	Global Positioning System
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
HDSG	Hessisches Landesdatenschutzgesetz
HDSGI	Hessisches Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz vom 3. Mai 2018
HmbBfDI	Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
idF.	In der Fassung
iVm.	In Verbindung mit
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien
ILO	International Labour Organisation
InsoSch-RL	Insolvenzschutzrichtlinie
IP	Internetprotokoll
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JbArbR	Jahrbuch des Arbeitsrechts
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
K&R	Kommunikation & Recht (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
KFZ	Kraftfahrzeug
KSchG	Kündigungsschutzgesetz

Abkürzungsverzeichnis

KUG	Kunst- und Urhebergesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
LDI NRW	Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
LfD Bremen	Landesbeauftragte für Datenschutz Bremen
LG	Landgericht
LIBE	Civil Liberties, Justice and Home Affairs (Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments)
lit.	litera
LT-Drs.	Landtags-Drucksache
MAD-Gesetz	Militärischer Abschirmdienst-Gesetz
MMR	Multimedia und Recht (Zeitschrift)
n.F.	Neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht
NZA-Beil	Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht – Beilage
NZA-RR	Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht – Rechtsprechungs-Report
öAT	Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht (Zeitschrift)
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OVG	Oberverwaltungsgericht
OwiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PC	Personal Computer
RdA	Recht der Arbeit
RDV	Recht der Datenverarbeitung (Zeitschrift)
RFID	Radio-Frequency Identification
RGBL	Reichsgesetzblatt
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
s.o.	siehe oben
SAE	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen
Slg.	Sammlung
SR	Soziales Recht (Zeitschrift)
St. Rspr.	Ständige Rechtsprechung
TKG	Telekommunikationsgesetz
TMG	Telemediengesetz
u.a.	unter anderem
Uabs.	Unterabsatz

ULD	Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein
Urt.	Urteil
v.	vom
Var.	Variante
VDMA	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau
Vgl.	Vergleiche
VO	Verordnung
VuR	Verbraucher und Recht
WP	Working Paper
z.B.	zum Beispiel
ZAG	Zusammenarbeitsgesetz
ZD	Zeitschrift für Datenschutz (Zeitschrift)
ZEuP	Zeitschrift für europäisches Privatrecht (Zeitschrift)
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht (Zeitschrift)
ZPO	Zivilprozessordnung
ZVEI	Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e. V

